STADT ASCHERSLEBEN

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Recht und Kommunales

Sitzungstermin: **Dienstag, 08.09.2026, 17:00-17:26 Uhr**
Ort, Raum: **Aschersleben, Markt 1, Ratssaal**

NIEDERSCHRIFT

Anwesend waren:

Vorsitzende/r
Herr Dr. Maik Planert

ordentliches Mitglied
Herr Rene Gurr — in Vertretung für Herrn Michael Krebs
Herr Marcel Hänsgen
Herr Felix Huhn
Herr Marco Kiontke
Herr Martin Lampadius
Herr Dr. Lars-Gernot Otto
Herr Andreas Rossa
Herr Carsten Wollmann

Ortsbürgermeister/-in
Frau Irene Bilkenroth
Herr Frank Hänsgen
Frau Sabine Herrmann
Herr Roland Niehoff

Verwaltung
Herr Bernhard Fuchshuber
Herr Christian Grossy
Herr Dirk Michelmann
Frau Julia Rippich
Herr Ralf Schneider
Herr Rüdiger Schulz

Nicht anwesend waren:

ordentliches Mitglied	
Frau Alexandra Dahl	entschuldigt
Herr Michael Krebs	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
3	Einwohnerfragestunde
4	Informationen
5	Satzung über die Straßenreinigung und den Winterdienst in der Stadt Aschersleben (Straßenreinigungssatzung) Vorlage: VIII/0337/26
6	Konzept zur Verwendung des "Sondervermögens" Vorlage: VIII/0351/26
7	Richtlinie für ein Ortschaftsbudget der Stadt Aschersleben Vorlage: VIII/0362/26
8	Anträge
8.1	Antrag A/0117/2025 der AfD /BAFA Fraktion zur Errichtung von zwei Fußgängerüberwegen
8.2	Antrag A/0119/2025 der Fraktion Die Linke/SPD/Grüne zur Verbesserung der Sicherheit für Kinder und Jugendliche auf ihren Wegen in Aschersleben
9	Anfragen und Anregungen
10	Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

11	Feststellung der Tagesordnung des nicht öffentlichen Teils
12	Informationen
13	Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 *Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit*

Die Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses sowie der Beschlussfähigkeit erfolgen durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Dr. Planert.
Die Beschlussfähigkeit ist mit der Anwesenheit von 6 Mitgliedern gegeben.

zu 2 *Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils*

Herr Gurr erscheint zur Sitzung, somit sind 7 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Kiontke stellt den Änderungsantrag zur Tagesordnung, die Anträge unter Punkt 8.1. und 8.2. von der Tagesordnung zu nehmen, da in der Fraktion noch Redebedarf besteht bzw. 2 neue Anträge doch dazu gekommen sind, daher sollen die Anträge erst beim nächsten Mal behandelt werden.

Herr Dr. Planert teilt mit, dass er seinen Antrag zurückzieht, da er sich erledigt hat.

Herr Dr. Planert stellt den Änderungsantrag zur Tagesordnung von Herrn Kiontke zur Abstimmung.

6 Ja **0 Nein** **1 Enthaltungen**

Die so geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

zu 3 *Einwohnerfragestunde*

Entfällt.

zu 4 *Informationen*

Herr Grossy bezieht sich auf die Anträge 8.1 und 8.2 und hatte sich vorab dazu mit der Schulleiterin der Grundschule Staßfurter Höhe abgestimmt. Herr Grossy schlägt dem Ausschuss vor, sich direkt vor der nächsten Sitzung am 13.10.2026 vor Ort an der Schule zu treffen, um sich selbst ein Bild zu machen. Dadurch könnten die Ausschussmitglieder neben der eigenen Sichtweise und der Darstellung der Verwaltung auch ein unmittelbares Bild von der Schule sowie die Sichtweise der Schulleitung erhalten, damit auf dieser Grundlage ein Ergebnis gebildet und in der

nächsten Runde über die Anträge abgestimmt werden kann. Die Ausschussmitglieder folgen dem Vorschlag. Im Ergebnis wird ein Treffen um 16.00 Uhr vor Ort und die anschließende Ausschusssitzung um 17.00 Uhr im Ratssaal festgehalten.
Die Einladung des Ausschusses nach Freckleben wird dementsprechend auf eine spätere Sitzung verschoben.

Herr Lampadius und Herr M. Hänsgen erscheinen zur Sitzung, somit sind 9 Stimmberechtigte anwesend.

zu 5 *Satzung über die Straßenreinigung und den Winterdienst in der Stadt Aschersleben (Straßenreinigungssatzung)*
Vorlage: VIII/0337/26

Es liegt ein Änderungsantrag des Ortschaftsrats Neu Königsaue vor. Herr Grossy teilt mit, dass hier nur eine Rücknahme einer gewünschten Änderung erfolgen soll.

Zunächst wird der Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt.

Abstimmung Änderungsantrag Ortschaftsrat Neu Königsaue:
9 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Abstimmung Vorlage:
8 Ja 0 Nein 1 Enthaltungen

zu 6 *Konzept zur Verwendung des "Sondervermögens"*
Vorlage: VIII/0351/26

Herr Kiontke fragt nach, ob aus der letzten Sitzung bzgl. des Gebietsänderungsvertrags Westdorf noch etwas offen wäre. Hierzu gab es zum Ende der letzten Sitzung noch eine Korrektur von Herrn Küster, womit sich der Sachverhalt geklärt hatte.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

5 Ja 2 Nein 2 Enthaltungen

zu 7 *Richtlinie für ein Ortschaftsbudget der Stadt Aschersleben*
Vorlage: VIII/0362/26

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

9 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

zu 8 *Anträge*

zu 8.1 *Antrag A/0117/2025 der AfD /BAFA Fraktion zur Errichtung von zwei Fußgängerüberwegen*

Der TOP wird gemäß Änderungsantrag in TOP 2 in der heutigen Sitzung nicht behandelt.

zu 8.2 *Antrag A/0119/2025 der Fraktion Die Linke/SPD/Grüne zur Verbesserung der Sicherheit für Kinder und Jugendliche auf ihren Wegen in Aschersleben*

Der TOP wird gemäß Änderungsantrag in TOP 2 in der heutigen Sitzung nicht behandelt.

zu 9 *Anfragen und Anregungen*

Herr Dr. Otto bittet die Verwaltung um Auskunft zum Sachstand des bereits vor einiger Zeit behandelten Antrags der Verwaltung zur Verpackungssteuer und fragt, ob es hierzu weitere Entwicklungen oder Überlegungen gibt.
Herr Michelmann führt zum Thema Verpackungssteuer aus, dass im vergangenen Jahr eine entsprechende Vorlage vorbereitet wurde, und dies in einer Phase, in der das Thema bundesweit intensiv diskutiert worden ist. Es gab einzelne Städte mit Vorreiterrolle, zudem hatte er bereits von Videokonferenzen berichtet, an denen sich über 400 Kommunen beteiligt hätten, um sich zu informieren. Inzwischen sei von diesem „Hype“ nur noch wenig zu hören, was nach seiner Darstellung gute Gründe hat. Der Oberbürgermeister hat die Vorlage deshalb seinerzeit zunächst zurückgestellt und inzwischen entschieden, sie zurückzunehmen, da Aufwand, Ertrag und der zu erwartende Effekt in keinem Verhältnis stünden. Nach seinen Angaben müsste personell aufgerüstet werden; außerdem würde das gesamte Thema, insbesondere gegenüber den Händlern, einen sehr großen bürokratischen Aufwand verursachen. Zugleich verweist er darauf, dass bereits an verschiedenen Stellen, unter anderem im ELKA sowie im Imbiss unter dem Torbogen von sich aus Gebühren erhoben würden, um Kosten auszugleichen, sodass sich auch das Pfandsystem aus Marktgründen zunehmend durchsetzen würde. Insofern wird die Vorlage des Oberbürgermeisters nach derzeitigem Stand nicht erneut eingebracht.

Herr Dr. Otto führt aus, dass für Gewerbetreibende, insbesondere für Handwerksbetriebe und Pflegedienste, die Möglichkeit bestehe, entsprechende Parkgenehmigungen in Bereichen zu erhalten, in denen ansonsten Gebühren anfielen, oder Durchfahrgenehmigungen für Wege wie etwa den Promenadenring, die grundsätzlich nicht für den fließenden Verkehr vorgesehen seien. Nach seinem Kenntnisstand sind diese Genehmigungen fahrzeuggebunden; sofern dies nicht zutrifft, bittet er um Korrektur und um entsprechende Kommunikation. Für Gewerbetreibende ist eine solche Fahrzeugbindung unpraktisch, da diese wechselnd verschiedene Fahrzeuge nutzen. Ihm ist von einem Handwerksbetrieb mitgeteilt worden, dass dieser nicht für jedes Fahrzeug eine gesonderte Ausnahmegenehmigung beantragen und bezahlen will. Er regt daher an zu prüfen beziehungsweise umzusetzen, dass Gewerbetreibende eine Genehmigung erhalten könnten, die wechselweise in verschiedenen Kraftfahrzeugen mitgeführt werden

könne, sofern sein derzeitiger Kenntnisstand zutreffend sei.
Herr Grossy führt aus, es geht um Sondergenehmigungen zum Befahren der Promenade beziehungsweise entsprechende Ausnahmegenehmigungen. Diese Genehmigungen würden sämtlich vom Salzlandkreis, dort vom Straßenverkehrsamt, ausgestellt und nach seiner Kenntnis stets nach Fahrzeugkennzeichen erteilt. Ob mehrere Kennzeichen auf einer Karte eingetragen werden könnten, hält er für möglich, kann dies jedoch nicht mit letzter Sicherheit sagen. Dies muss beim Salzlandkreis noch einmal erfragt werden; alternativ kann er dies selbst klären und anschließend berichten. Herr Rossa bittet um Information im nächsten Ausschuss.

Herr Dr. Otto verweist auf die öffentlichen Toiletten und trägt vor, er ist auf den nach seiner Darstellung relativ schlechten Zustand der Toilette der Hinterbreite hingewiesen worden. Ihm ist bewusst, dass öffentliche Toiletten weder hinsichtlich des optischen Eindrucks noch wegen wiederkehrender Verschmutzungen und Vandalismusschäden ein einfaches Thema sind; gleichwohl bittet er um eine Aussage hierzu, da eine öffentliche Toilette bei Veranstaltungen auch ein Aushängeschild ist.
Frau Rippich erklärt, die Stadt hat im Haushalt einen beträchtlichen Posten für die regelmäßige Reinigung der öffentlichen WC-Anlagen eingestellt; dies betrifft z.B. auch die Anlage am Bahnhof. Sie schildert, selbst im Rathaus sei der Zustand zur Mittagszeit teilweise so schlecht, dass ihr die Reinigungskräfte leidtäten, die dies anschließend wieder säubern müssten. Nach ihrer Darstellung sei es finanziell derzeit nicht möglich, noch häufiger reinigen zu lassen. Tatsächlich müsste jemand ganztägig vor Ort eingesetzt werden, der die Anlage beaufsichtigt und beispielsweise auch kassiert, damit eine gewisse Kontrolle gewährleistet ist. Grundsätzlich besteht das Problem darin, dass die auf die Anlagen angewiesenen Nutzerinnen und Nutzer diese in dem vorgefundenen Zustand vorfänden, während andere sie in entsprechender Weise hinterließen. Die Stadt kommt derzeit nicht wirklich hinterher, weil dies mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden ist. Das Problem ist der Verwaltung jedoch bekannt.

zu 10 *Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung*

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung